

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Digitale Souveränität durch den Aufbau eines europäischen Satelliten-Internets stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Kommission hat am 15. Februar 2022 ihre Initiative für ein zusätzliches europäisches Satellitenkommunikationssystem vorgestellt: Die „Secure Connectivity Initiative“ (SCI). Dieses System soll in erster Linie eine sichere Internetkommunikation für Regierungen, Streitkräfte, Behörden und kritische Infrastrukturen ermöglichen, aber auch für private Anbieter beispielsweise für Anwendungen im Schiffsverkehr zur Verfügung stehen. Das Satelliten-System soll in die europäische Quantenkommunikationsinfrastruktur integriert werden und somit besonders abhörsicher und sicher vor Cyberangriffen sein. Gleichzeitig soll das System Hochgeschwindigkeits-Breitband-Verbindungen anbieten, die in der gesamten Europäischen Union verfügbar sind und damit auch entlegene Gebiete mit Breitband-Internet versorgen können. Ein erster Start des Satelliteninternets ist bereits für Ende 2024 geplant. 2027 soll der Dienst voll verfügbar sein. Mithilfe dieses Systems will die Europäische Union unabhängiger von außereuropäischen Anbietern bei der digitalen Kommunikation werden und somit die digitale Souveränität und die technologische Autonomie Europas stärken.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es eine klare strategische Zielsetzung gibt. Die oben genannten Ziele stehen teilweise in einem Widerspruch, den es zeitnah aufzulösen gilt. Dies betrifft besonders die Zielsetzung zwischen einem sehr aufwändigen, hochsicheren Kommunikationsmedium für Behörden im Gegensatz zu einem sehr viel einfacheren und kostengünstigeren System für Endnutzerinternet. Beides gleichzeitig ist nicht erreichbar.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen weltpolitischen Lage ist eine Zielsetzung der EU-Kommission für ein besonders sicheres System zu bevorzugen. Dies kann einen weiteren Beitrag neben weiteren bereits beschlossenen Vorhaben, u. a. zum gesicherten Austausch von quantensicheren Schlüsseln (SAGA), leisten. Ergänzt werden sollte dies um Mechanismen zur Verteidigung kritischer Infrastrukturen im Weltraum und Initiativen für „responsive space“, womit beispielsweise kompromittierte Satelliten zeitnah ersetzt werden können. Beides muss eine hohe Priorität bekommen.

Um ein leistungsfähiges System der sicheren Satellitenkommunikation zu errichten, ist eine bessere industriepolitische Strategie erforderlich. In der zentralen Studie der Kommission, die die Standards setzt und damit eine Vorentscheidung über die techni-

schen Auftragnehmer trifft, waren nur Unternehmen zugelassen, die bereits mindestens fünf absolvierte Raumfahrtprogramme über 100 Mio. Euro (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/raumfahrt-unternehmen-deutschland-1.5219143>) vorweisen konnten. Eine solche „Anti-Startup- und Anti-KMU-Klausel“ ist strikt abzulehnen.

Es ist daher erforderlich, dass die Bundesregierung sich aktiv in den Aufbau des europäischen Satelliten-Internets einbringt und sich hier für eine umfassende Beteiligung deutscher Unternehmen – insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) – einsetzt. Nur mit innovativen Akteuren kann diese Initiative der EU erfolgreich werden. Der Standort Deutschland ist mit seinen hochinnovativen Startups und kleinen und mittleren Unternehmen prädestiniert, um hier einen zentralen Beitrag zu leisten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. eine führende Rolle bei der Ausgestaltung der „Secure Connectivity Initiative“ einzunehmen und die deutschen Schwerpunkte für das europäische Satelliten-Internet zu definieren;
 2. sich entschieden für Änderungen an dem Vorhaben der EU-Kommission einzusetzen und dem Vorhaben der EU-Kommission im Rat der EU nur die Zustimmung zu erteilen, wenn sichergestellt ist,
 - a. dass die EU-Kommission eine klare strategische Positionierung dieser Initiative vornimmt;
 - b. dass die Ergebnisse der durch die EU-Kommission beauftragten Machbarkeitsstudien der beiden New-Space-Konsortien, UN:IO und New Symphonie, berücksichtigt werden;
 - c. dass Startups und KMU maßgeblichen Anteil an dieser Initiative erhalten als direkte Auftragnehmer und nicht als Unterauftragnehmer;
 - d. dass bei der Umsetzung der „Secure Connectivity Initiative“ deutsche Unternehmen umfassend entlang der gesamten Wertschöpfungskette unter Berücksichtigung der Kompetenzen und Fähigkeiten der deutschen Industrie für Raumfahrt und New Space maßgeblich einbezogen werden;
 - e. dass Fragen der Cybersicherheit beim Aufbau des europäischen Satelliten-Internets (SCI) mitgedacht und maßgeblich berücksichtigt werden;
 3. eine Startmöglichkeit für Trägerraketen mit Kleinsatelliten im eigenen staatlichen Hoheitsgebiet – ggf. mithilfe maritimer Startplattformen – zu prüfen;
 4. Initiativen zu ergreifen, um unsere kritische Infrastruktur im Weltraum zu schützen und verteidigen zu können;
 5. eine „responsive Space“-Strategie zu erarbeiten und zeitnah umzusetzen, womit beispielsweise kompromittierte Satelliten sehr schnell ersetzt werden könnten;
 6. die Rahmenbedingungen für die Raumfahrtindustrie und für New Space in Deutschland weiter zu verbessern und somit die Abhängigkeiten von nichteuropäischen staatlichen und kommerziellen Initiativen und Daten zu verringern;
 7. insbesondere strategisch stärker als Ankerkunde aufzutreten und weniger als Entwickler;
 8. bei der ESA-Ministerratskonferenz im November 2022 eine starke deutsche Zeichnung der entsprechenden Technologieentwicklungsprogramme vorzunehmen;

9. die notwendigen Investitionen für die europäische „Secure Connectivity Initiative“, wie beispielsweise in Trägerraketen, Satellitensysteme, Testinfrastruktur oder in administrative Prozesse wie die Lizenzierung, aus zusätzlichen Finanzmitteln zu stemmen und nicht zulasten bestehender Raumfahrtprogramme. Nur so kann der Innovationsvorsprung der deutschen Raumfahrt im internationalen Wettbewerb gesichert sowie mit Blick auf die massiv steigenden Raumfahrtinvestitionen der europäischen Partner auf Augenhöhe gestaltet werden;
10. Fragen zur Haftung und Lizenzierung nachhaltig auf nationaler Ebene zu verankern, bei gleichzeitiger Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Berlin, den 18. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

